Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 225 | Montag, den 26. September 1921 | 49. Jahrgang

Der Reichskanzler über Finanzen und Koalitionsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth empfing Philipp Millet vom „Petit Parisien", der in seinem Blatte folgendes Interview veröffentlicht:

Der Kanzler spazierte mit bloßem Haupt im Garten der Reichskanzlei, von zwei Mitarbeitern begleitet, als Millet ihm vorgestellt wurde. Der Kanzler sagte: Was auch unsere Ansicht sein möge, es scheint mir wichtig, daß man in Frankreich die Anstrengungen genau bemesse, welche wir machen, und die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen. Das Programm meiner Regierung ist noch genau dasselbe, als das, wie ich die Regierung vor 3½ Monaten übernahm. Wir wollen die Verpflichtung erfüllen, namentlich in der Reparationsfrage, und zwar bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit. In drei Monaten haben wir die Entwaffnung vollkommen durchgeführt, die in einigen Teilen des Reiches nicht so leicht war, wie man annimmt. Wir haben eine Million Goldmark bezahlt, haben bedeutende Summen für die Restitution ohne die verschiedenen Liquidationen bezahlt. Das ist das Wichtigste für die Vergangenheit, und nun zur Zukunft. Der Reichstag wird sich einer Anzahl von Gesetzesvorlagen gegenüberfinden, welche den Besitzenden schwere Steuerlasten auferlegen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Regierung ihre Projekte für die direkten Steuern aufgeben will, um die besitzenden Klassen zu schonen. Wir werden verpflichtet sein, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Nicht zufrieden damit, neue Einnahmequellen zu schaffen, halten wir es für notwendig, ein außerordentliches Reichsnotopfer von der Bevölkerung zu fordern, damit das notwendige Geld für die Reparationen aufgebracht werden kann. Seit 14 Tagen verhandelt die Regierung mit verschiedenen Industriellen und Bankiers. Wir haben an ihren Patriotismus appelliert und forderten sie auf, uns mitzuteilen, in welcher Weise sie den Reichsfinanzen die Devisen ausliefern wollen, die uns gestatten werden, die Gläubiger Deutschlands zu bezahlen. Die Industriellen und die Bankiers antworteten unverzüglich auf unsern Appell. In der nächsten Woche werden wir uns auch an die Vertreter der Landwirtschaft wenden. Diese Verhandlungen sind aber noch nicht beendet, und die Meinung über die Mittel gehen auseinander, die wir anwenden sollen. Man kennt noch nicht die Ausdehnung, welche die Finanzoperation haben könnte, die gegebenenfalls beschlossen werden soll. Aber ein Punkt steht bereits fest: Industrielle und Bankiers erklären sich bereit, diese Leistung ohne Zögern zu vollbringen.

Wir sind sicher, daß wir auf diese Weise sofort über bedeutende Summen verfügen, während die Steuerprojekte ernsthafte Einnahmen nicht vor einem oder zwei Jahren liefern können. Ich kann nicht versprechen, daß Deutschland alles zahlen wird, was man von ihm fordert, aber ich kann versichern, daß es sich loyal bemühen wird. Das Opfer, welches wir von den besitzenden Klassen fordern werden, wird politische Folgen haben. Hierbei muß ich ein Mißverständnis zerstreuen. Man hat erklärt, daß zwecks einer neuen politischen Orientierung wir der Deutschen Volkspartei nicht die Hände reichen sollen. Das ist eine verräterische Auslegung unserer wahren Absichten. Wir können von der Großindustrie nicht fordern, daß sie eine derartige Anstrengung vollbringt, ohne daß sie an der Regierung beteiligt ist. Eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Regierung ist wahrscheinlich und wünschenswert. Aber man muß hervorheben, daß die Volkspartei in den letzten Tagen durch bedeutende Vertreter, wie Professor Kahl und Stresemann, öffentlich ihre Zustimmung zu der Verfassung und zur Verteidigung der Republik gab. Die Mehrheitssozialdemokraten erklärten auf ihrem Görlitzer Kongreß ihrerseits durch Müller und Scheidemann, daß sie gegen einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nichts einzuwenden haben. Was wollen wir also? Die Koalition erweitern, die gegenwärtig die Regierung unterstützt und dieser Regierung eine breitere und festere Grundlage geben. Wir verfolgen den Zweck, die demokratischen Einrichtungen zu vertiefen. Dazu brauchen wir eine feste Regierung, die um sich die arbeitende Klasse und die besitzende Klasse gruppiert. Auf eine Frage, was Reichskanzler Wirth über die auswärtige Politik sagt, erklärt er: Ich will in voller Freiheit sprechen, und in meinen Worten soll kein Versuch erblickt werden, dies um eine Gunstbezeugung von der Entente zu unterlassen. Ich riet meinen Mitbürgern im Mai, das Ultimatum anzunehmen und die Reparationszahlungen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen. Indem ich ihnen klarlegte, daß diese Politik allein imstande wäre, den Waffenfrieden in Europa herbeizuführen. Meine Gegner antworteten mir sofort, wir werden von der Entente nichts erlangen, und namentlich nichts von Frankreich. Dies sagte man bereits vor drei Monaten, und heute wiederholt man es. Jedesmal, wenn die Entente mir eine Genugtuung verweigert, oder die Ausführung eines Versprechens verschiebt, wie es in den letzten Tagen mit der Aufhebung der Sanktionen geschah, benutzt man dies, um sich an meiner Autorität zu vergreifen und den Bestand meiner Regierung zu bedrohen. Diese Lage ist nicht nur für mich peinlich, sondern auch für die Zukunft der internationalen Beziehungen. Wie soll Deutschland solche Leistungen fortwährend vollbringen, wenn es das Gefühl hat, daß es immer verdächtigt wird, was es auch tun möge. Deshalb hoffe ich, daß die Ententeregierungen in der Zukunft das Mittel finden werden, uns ihr Vertrauen zu bezeigen. Obwohl ich jede Rückkehr der Monarchie in Deutschland für unmöglich halte, wäre es doch gut, wenn die Ententeregierungen sich beeilen möchten.

Die Trauerfeier in Oppau.

(TU) Sonntag vormittag 11 Uhr fand an den Gräbern der bei der Katastrophe Verunglückten eine Trauerfeier statt unter Teilnahme einer großen Anzahl von Arbeitervereinen und Gewerkschaften. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 700 000 geschätzt. An der Feier nahmen teil: Reichspräsident Ebert, der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der badische Staatspräsident Trunk, der badische Minister des Innern Remmele, Vertreter der badischen Regierung, Reichstags- und Landtagsabgeordnete der verschiedenen Länder, die Oberbürgermeister der Städte Mannheim und Ludwigshafen, Vertreter der Besatzungsbehörden und der Vertreter des Generals Tirard. General Denotte sprach dem bayrischen Ministerpräsidenten und dem badischen Staatspräsidenten sein Beileid aus und legte Kränze nieder. Namens des Reiches dankte Reichspräsident Ebert dem General für die Anteilnahme und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß am Grabe der Opfer die Menschlichkeit über die Landesgrenze reiche. Den Worten des Reichspräsidenten schloß sich Graf Lerchenfeld an. Im Namen des Generals Degoutte und der französischen Armee sprach General Dougan aus Landau Beileidsworte, auf die der Reichspräsident und der bayrische Ministerpräsident antworteten. Die Vertreter der Besatzungsbehörde verabschiedeten sich hierauf unter der Begründung, die nationale Feier für die Toten durch ihre Anwesenheit nicht stören zu wollen. Die eigentliche Trauerfeier wurde dann mit einem Musikstück und Liedern sämtlicher Männergesangvereine von Ludwigshafen und Vororten eingeleitet. Dann sprach zuerst der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, viele Vertreter der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, sowie die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Reichspräsident Ebert sagte in seiner Rede u. a.: Wir beklagen an dieser Stelle so viele pflichttreue Arbeiter, die einer furchtbaren Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hat das furchtbare Unglück Anteilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind uns Beileidstelegramme übersandt und werktätige Hilfe angeboten worden. Ich spreche hierfür unsern herzlichsten Dank aus. — Weiter sprachen der bayrische Ministerpräsident und der badische Staatspräsident Trunk, sowie der Vertreter der pfälzischen Kreisregierung. Von allen Rednern wurden Kränze niedergelegt. Mit einem Trauermarsch und einem allgemeinen Geläute fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Keine Lebendigen mehr unter den Trümmern.

(TU) Die Nachricht, daß unter den Trümmern des Werkes in Oppau noch Lebende seien, die sich durch Zeichen verständlich machen sollen, trifft nach unseren Erkundigungen nicht zu.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik

gibt folgendes bekannt: Um die von der Katastrophe in Oppau betroffenen Werksangehörigen vor Not zu bewahren, haben wir folgendes beschlossen: 1. Die Bestattungskosten werden, insoweit sie nicht von anderer Seite (Betriebskrankenkasse, Berufsgenossenschaft, Gemeinde usw.) getragen werden, von uns übernommen. 2. Jede Familie, deren Familienhaupt tödlich verunglückt ist, erhält eine einmalige Unterstützung von 2000 Mark. 3. Bei den bei der Katastrophe Verletzten werden wir, sofern sie nicht wieder bei uns oder anderswo Beschäftigung finden können, auf die Dauer der Erwerbsunfähigkeit die Leistungen der Krankenkasse, der Berufsgenossenschaft und anderer öffentlicher Unterstützungskassen auf die Höhe des normalen Tariflohnes, einschließlich Kinderzulage, bezw. bei teilweiser Erwerbsbeschränkung auf den entsprechenden Teil ergänzen. 4. Für die Witwen der tödlich Verunglückten werden wir, solange sie sich im Witwenstande befinden und nicht anderweitig ausreichenden Arbeitsverdienst erzielen können, die ihnen von den gesetzlichen Versicherungen (Berufsgenossenschaft und Hinterbliebenenversicherung) und anderen nicht aus eigenen Mitteln erworbenen Rentenansprüchen zufließenden Leistungen auf 50 v. H. des normalen Tariflohns des Verlebten erhöhen. Hierzu tritt für jedes Kind die jeweilige tarifliche Kinderzulage. 5. Ueber die Unterstützung Angehöriger verstorbener Lediger, deren einziger Ernährer der Verlebte gewesen ist, behalten wir uns Entscheidung von Fall zu Fall vor. 6. Die vollen Leistungen zu 2., 3. und 4. treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Schluß des Görlitzer Parteitages

Der Sonnabend brachte den Schluß des Parteitages. Ein verspäteter, aus Baku eingetroffener Vertreter der sozialistischen Parteien Armeniens und Aserbeidschans überbringt in französischer Sprache die Grüße der dortigen Sozialisten. Er schildert die Unterdrückung des Viermillionenvolkes durch die Bolschewisten und erwartet vom Parteitag einen Protest gegen die schändliche Vergewaltigung der beiden Länder, die die Bolschewisten unter dem Deckmantel des Sozialismus verüben. Der Parteitag fügt diesem Protest den bereits wegen Georgiens und Ungarns angenommenen bei. Es findet dann noch ein Antrag Annahme, bis zum nächsten Parteitage ein neues Agrarprogramm zu schaffen. Ein anderer Antrag empfiehlt allen Parteigenossen, den Konsumvereinen als Mitglieder beizutreten. Der letzte angenommene Antrag macht es der Partei zur Pflicht, mehr als bisher die Frauen zu den öffentlichen Aemtern und Körperschaften heranzuziehen. Zwei Anträge werden abgelehnt, von denen der eine verlangt: Ein öffentliches Amt darf nur bekleiden, wer durch schöpferische Leistungen und soziale Betätigung seine Reife dargetan hat. Der andere abgelehnte Antrag forderte, für die Schutzpolizei die gleichen Rechte wie für die übrige Beamtenschaft, insbesondere die Koalitionsfreiheit. Schließlich wird noch mitgeteilt, daß auf dem Parteitage über 14 000 Mark für die Opfer der Katastrophe von Oppau gesammelt worden sind. — Die Wahl des Ortes des nächsten Parteitages wird dem Parteivorstand überlassen.

Der Vorsitzende Otto Wels sprach hierauf das Schlußwort. Er dankte der Organisation des niederschlesischen Bezirks und den Parteigenossen von Görlitz für die umsichtige Vorbereitung des Parteitages und die getroffenen Veranstaltungen, und dankt weiter auch der Programmkommission. Der gute Eindruck des Parteitages werde auch nicht verwischt werden durch die kleinlichen Angriffe der Gegner gegen die Embleme der Sozialdemokratie. Den Görlitzer Genossen rufe ich zu: „Hebt die besudelte Fahne auf als Wahrzeichen für den geistigen Tiefstand unserer Gegner". (Lebh. Beifall). Redner gedenkt dann des Oppauer Unglücks, bei dem zahlreiche Arbeiter im Dienst des Kapitalismus gefallen seien. Wir haben uns, sagt Wels, nicht an revolutionären Phrasen berauscht, sondern vom ersten bis zum letzten Tage den realen Notwendigkeiten des Tages und Lebens Rechnung getragen. Wie richtig wir handelten, zeigt das Geschimpfe der deutschnationalen Presse. Der Redner wendet sich hierauf gegen die Kreise in der Deutschen Volkspartei, die die D. V. P. als alleinige künftige Formerin der Regierungsbildung betrachten. Die Hetze gegen den Reichskanzler Wirth ist besonders von der Deutschen Volkspartei ausgegangen. Wir machen kein Hehl daraus, daß der Reichskanzler Wirth für die sozialdemokratische Arbeiterschaft und weit über unsere Kreise hinaus in linksstehenden Parteien heute der einzige populäre bürgerliche Politiker ist, den es in Deutschland gibt. (Lebh. Beifall). Die sozialistischen Parteien werden ihm nicht vergessen, daß er als bürgerlicher Kanzler den Kampf gegen die Reaktion aufgenommen und das mutige Wort ausgesprochen hat, daß er im Kampf für die Republik auf der Seite der Arbeiter stehen werde. (Lebh. Beifall). Wer glaubt, daß unsere Partei Handlangerdienste leisten wird jenen, die den Kanzler um ihrer egoistischen Ziele willen beseitigen wollen, haben die Rechnung ohne die Sozialdemokratische Partei gemacht. Wels betont dann noch die Notwendigkeit der Einigung aller Arbeiter. Die Kampfansage gegen die bayerische Reaktion habe schon die Erklärung Lerchenfelds veranlaßt, „das Urteil über die Regierung Kahr überlassen wir der Geschichte."

Der Redner gedenkt weiter der Brüder im Saarrevier und in Oberschlesien und schließt mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit des neuen Programms und mit einem Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie, in welches die Versammlung drei Mal einstimmt.

Gemeinsamer Gesang einer Strophe der Arbeitermarseillaise beendete gegen 3/4 10 Uhr den Parteitag.

Der Reichsminister des Innern gegen den Wucher.

Wie schon kurz mitgeteilt, richtet sich ein an die Oberpräsidenten herausgegebener Erlaß des Ministers des Innern gegen wucherische Preissteigerungen. In demselben heißt es: Es ist eine offenkundige Tatsache, daß zahlreiche Erzeuger und Händler sich die wirtschaftliche Teuerungswelle zunutze machen, um die Preise für ihre Erzeugnisse und Waren weit über das Maß der gesteigerten Selbstkosten aus Eigensucht willkürlich zu erhöhen. Die Preissteigerung erstreckt sich erkundbar vielfach auch auf solche Gegenstände, die von den Verkäufern noch bei günstigerer Wirtschaftslage verhältnismäßig billig erstanden worden und die nur auf Lager gehalten worden sind. Es gewinnt weiterhin den Anschein, daß mehrfach Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage besteht, zurückgehalten werden, um sie später mit um so größerem Nutzen verkaufen zu können. Insbesondere verwerflich ist die zu alldem vielfach festgestellte gröbliche Verfälschung wichtiger Lebensmittel, die den Wuchercharakter für die an sich schon ungerechtfertigt hohen Preise noch bedeutend erhöhen. Es ist daher unabweisbare Pflicht der zuständigen Stellen, mit allen Mitteln und heftigem Nachdruck dagegen vorzugehen. Erzeuger und Händler müssen zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß die staatlichen Organe gegen solche den Verbraucher und damit die Allgemeinheit schädigenden Machenschaften unnachsichtlich einschreiten. Auf der andern Seite muß in den Kreisen der Verbraucher die Zuversicht gestärkt werden, daß der Staat gewillt und in der Lage ist, der wucherischen Ausbeutung zu begegnen. Den wucherischen Machenschaften muß unter allen Umständen und mit größter Entschiedenheit besonders nach Maßgabe der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 und des Gesetzes über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vom 18. Dezember 1920 entgegengetreten werden. Zur Bekämpfung von Wucher, Schleichhandel und anderen unlauteren Gebarungen auf diesem Gebiet sind an erster Stelle die für diesen Zweck an allen wichtigen Orten geschaffenen polizeilichen Wucherstellen berufen. Die im Straßendienst eingesetzten Schutzpolizeibeamten werden nach besonderer Unterweisung über die maßgebenden Gesichtspunkte für einfachere Verrichtungen der Wucherbekämpfung herangezogen werden können, insbesondere werden sie auf den Aushang der Ladenpreise achten können, soweit solche vorgeschrieben sind. Im übrigen ist es dringend geboten, die zuständigen Finanz- und Umsatzsteuer-Aemter auf Geschäfte mit hohen und übermäßigen Preisen zwecks steueramtlicher Nachprüfung aufmerksam zu machen. Dies hat seitens der Polizeibehörde in möglichst weitem Umfange zu geschehen.

Landwirte, tut Eure Pflicht!

Ein Aufruf der westfälischen Landwirtschaftskammer.

Angesichts der drohenden Preissteigerungen auf dem Kartoffelmarkt, die weite Kreise der Verbraucherschaft beunruhigt, erläßt der Provinzialverband der landwirtschaftlichen Körperschaften Westfalens folgenden bemerkenswerten Aufruf: „Infolge unbegründeter Gerüchte über den Stand der diesjährigen Kartoffelernte, sowie infolge gewissenlosen Treibens wilder Aufkäufer macht sich in weiten Kreisen der Verbraucher, die ihre Versorgung mit Kartoffeln gefährdet glauben, eine starke Beunruhigung bemerkbar. Entsprechend den Forderungen der Landwirtschaft ist jetzt endlich im Interesse der Produktionssteigerung die frühere Zwangswirtschaft bis auf geringe Reste beseitigt worden; ihre Rückkehr muß auf alle Fälle vermieden werden, ist aber zu befürchten, wenn sich hinsichtlich der Kartoffelversorgung Schwierigkeiten ergeben sollten. Der Provinzialverband der landwirtschaftl. Körperschaften Westfalens fordert daher alle Landwirte der Provinz auf, im vollen Bewußtsein der eigenen Verantwortung und zur kraftvollen Betätigung des der Landwirtschaft innewohnenden Gemeinsinns Alles zu tun, was die Bevölkerung die Eindeckung des Winterbedarfs an Kartoffeln erleichtert. Hierzu gehört die restlose Abgabe der über den eigenen Bedarf hinaus geernteten Kartoffeln, die Vermeidung übermäßiger Preisforderungen und die Abweisung unreeller Händler, die mit Preisüberbietungen die Kartoffeln an sich zu reißen suchen, um sie dann in den Städten zu unerhörten Preisen zu verkaufen, die Schuld an der Lebensmittelverteuerung der Landwirtschaft zuschiebend.

Landwirte der Provinz Westfalen: Leistet diesem Treiben keinen Vorschub, sondern setzt Euch durch Euere landwirtschaftlichen Organisationen mit den Verbraucherorganisationen wegen der Kartoffelbelieferung für den nächsten Winter in Beziehung. Gedenkt dabei der in den Städten wohnenden vom Lande losgelösten Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, der Beamten und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und Witwen und Waisen, die ihren gesamten Lebensbedarf einkaufen müssen, und erleichtert allen diesen Volksgenossen die immer schwerer werdende Lebenshaltung. Ihr dient dadurch sowohl Euch selbst als auch dem gesamten Vaterlande.

Sicherstellung der oberschlesischen Flüchtlinge vor neuen Gewalttätigkeiten.

(TU) Der deutsche Ausschuß für Oberschlesien teilt mit: Die vergangenen Sonntag eingeleiteten Besprechungen zwischen der Interalliierten Kommission und den Vertretern des deutschen Ausschusses und dem obersten polnischen Volksrat haben heute zu folgendem Ergebnis geführt: Die Interalliierte Kommission wird sich der Sicherheit der zurückgekehrten Flüchtlinge ganz besonders annehmen und erneute Bedrohungen oder gar Gewalttätigkeiten gegen die heimgekehrten Flüchtlinge in strengster Weise ahnden. Durch einen entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung wird sie ihr hiervon Kenntnis geben. Die Kreiskontrolleure und ihre Organe werden von der Interalliierten Kommission eingehende Anweisungen erhalten, daß sie ihrerseits verpflichtet sind, etwaigen neuen Beschwerden der Heimgekehrten sofort und energisch abzuhelfen. Im gleichen Sinne werden alle übrigen Behörden Anweisungen erhalten. Der von der Interalliierten Kommission beauftragte Major Williams wird sich persönlich von der Durchführung der Anordnungen der Interalliierten Kommission durch Besuche bei den zurückgekehrten Flüchtlingen überzeugen. Der deutsche Ausschuß für Oberschlesien und der Oberste polnische Volksrat werden durch besondere Beauftragte darüber wachen, daß die zurückgekehrten Flüchtlinge nicht von neuem irgend welchen Belästigungen und Verfolgungen ausgesetzt sind und der Interalliierten Kommission Bericht über ihre Wahrnehmungen erstatten. Die Zurückführung der Flüchtlinge erfolgt nach einem bestimmten Plan; nach dem die aus den Kreisen Gleiwitz, Groß-Strehlitz und Lublinitz Geflüchteten zuerst zurückkehren, dann die Flüchtlinge aus den Kreisen Oppeln, Kosel, Tarnowitz, Hindenburg und Beuthen. Zuletzt wird die Zurückführung der Flüchtlinge aus den übrigen Kreisen erfolgen. Die Interalliierte Kommission hat weitgehende Unterstützungen und Mitwirkung für die nach dem deutsch-polnischen Vereinbarungen zu bildenden paritätischen Ausschüsse zugesichert.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 26. Sept. **(Verschiedenes.)** In der 37. Jahreswoche vom 4. bis 10. September sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Rhynern); Todesfälle durch Tuberkulose 6 (je 1 Unna, Massen, Westtünnen, Bergkamen, Methler, Herringen), Unterleibstyphus 1 (Wiescherhöfen). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 25 (2), Genickstarre 2 (2), Kindbettfieber 7 (7), Körnerkrankheit 3, Tuberkulose (47), Ruhr 107 (19), Scharlach 51 (4), Unterleibstyphus 33 (3), Paratyphus 10, Grippe 4, Schlafkrankheit 2, Kinderlähmung 3.

(Umsatzsteuer ohne Einnahme.) Dieser merkwürdige Fall tritt ein in Gasthöfen, wo ein tarifmäßiger Trinkgeldaufschlag erhoben wird. In einem besonderen Urteil hat der Reichsfinanzhof dahingehend entschieden, unter der Begründung, daß der Aufschlag selbst dann einen Teil der steuerpflichtigen Einnahmen des Gasthofbesitzers bilde, wenn er ihn gar nicht in die Hand bekommt, sondern ihn nach dem Tarifvertrage dem Bedienungspersonal unmittelbar zugute kommen läßt. Der Gastwirt muß die Trinkgelder also erhöht versteuern, trotzdem er sie nicht einmal in die Hände bekommt.

(Das Trinkgeldunwesen.) Der Gastwirtsgehilfe erhält, wenn er Trinkgeld nimmt, nicht seinen Lohn vom Arbeitgeber, sondern von einem Dritten; er muß häufig vom Trinkgeld an den Arbeitgeber Prozente abgeben; er duldet um des Trinkgeldes willen Uebertretungen von gesetzlichen Verordnungen; er bevorzugt den Gast, der hohe Trinkgelder gibt; er umwirbt in fast aufdringlicher Weise den Gast usw. Alle einsichtigen Sozialpolitiker haben das Trinkgeld als den Krebsschaden des Gastwirtsgewerbes erkannt und bekämpft. In den letzten Jahren ist das Trinkgeld oft abgeschafft worden. Aber auch da, wo es abgeschafft worden ist, wird oft Trinkgeld gegeben und genommen. Obwohl das Publikum wirklich kein Interesse daran haben sollte, zu den teuren Preisen für Speisen, Getränke und Logis, in die die Löhne und Gehälter des Gasthausangestellten doch schon eingerechnet sind, noch weitere Zuschläge zu bezahlen, ist infolge einer gewissen Trägheit, bisweilen aber auch aus bedenklicheren Gründen, ein Teil des Publikums nicht daran zu gewöhnen, das Trinkgeldgeben zu unterlassen. Vielfach ist aber nichts als eine gewisse Feigheit gegenüber den Kellnern oder trinkgeldgebefreudigen Mitmenschen Schuld. Die Organisationen der Gasthausgehilfen beklagen diesen Unverstand des Publikums, der ihnen die ohnehin schwierige Erziehungsarbeit ihrer Mitglieder maßlos erschwert. Oft, wo Trinkgeld angeboten wird, findet sich natürlich ein schwacher Mensch, der es annimmt. Wer sollte ihn an sich daraus in einer Zeit allgemeiner Teuerung und weit verbreiteter Sucht, Geld zu nehmen, wo man nur kann, einen Vorwurf machen? Der eigentliche Schuldige ist der gedankenlose oder böswillige Gast.

(Für die Lesehalle.) Von Herrn Schiedsmann Lohmann gingen zugunsten der städtischen Lesehalle 50 Mark ein. Herzlichen Dank!

Eine Kindesleiche wurde am 19. April in der Seseke liegend gefunden. Es handelte sich um einen 8 Tage alten illegitimen Knaben. Den Bemühungen der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, die Mutter und Täterin in der Person einer Frau Marie Sch. aus Lüdenscheid, früher in Kamen, wohnhaft, zu ermitteln. Dieselbe hat die Tat eingestanden, wurde am Donnerstag verhaftet und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. Die Untersuchung dieses Falles führt die Staatsanwaltschaft in Dortmund.

Heeren-Werve, 26. Sept. **(Unglücksfall.)** Freitag nachmittag gegen 6 Uhr ereignete sich auf der Nebengewinnung der Schachtanlage 2 der Aktien-Ges. Königsborn ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Der erst 18 Jahre alte Kohlenschlepper Kaspar Steinbacher geriet auf der Verbindungsbrücke vom Kohlenturm zur Kokerei zwischen zwei Trichterwagen, wodurch er sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß er bereits nach einer Viertelstunde verschied. St. war erst vor ungefähr sechs Monaten infolge der politischen Wirren und des dadurch bedingten schlechten Arbeitsmarktes aus Ungarn nach hier gekommen.

Pelkum, 26. Sept. **Das Fest der goldenen Hochzeit** begehen am heutigen Montag die Eheleute Wilhelm Fickermann, der langjährige Rendant der hiesigen Sparkasse. Die vielen Glückwünsche, Blumenspenden und sonstigen Veranstaltungen, auch seitens der Beamtenschaft des Amtes Pelkum legen beredtes Zeugnis ab von der Liebe und Hochachtung, deren sich das Jubelpaar in allen Kreisen erfreuen darf. Auch unsern Glückwunsch!

* **Westerkotten**, 24. Sept. **Ein schweres Unglück** ereignete sich, der „Dortm. Ztg." zufolge, gestern früh bei der Turbinenanlage an der Ruhr, gegenüber dem Bahnhof. Man war damit beschäftigt, dicke Eichenstämme in die Erde zu rammen, als plötzlich auf unaufgeklärte Weise der schwere Rammhammer in die Tiefe sauste und einen Arbeiter zermalmte. Er war sofort eine Leiche. Durch die Erschütterung stürzte ein anderer Arbeiter von dem Rammgerüst und war ebenfalls sofort tot. Er hatte die Wirbelsäule gebrochen.

(D) **Bielefeld**, 24. Sept. **(Ein Gaunerstück.)** Zu einem Landwirt in Eißen bei Schildesche kam ein Mann, welcher angab, bei einem benachbarten Bauern ein Kalb gekauft zu haben. Der Bitte des Fremden, ihm einen Tausendmarkschein zu wechseln, damit er das Tier bezahlen könne, wurde gern entsprochen. Der Unbekannte steckte das Wechselgeld in einen Briefumschlag, den er verklebt in die Tasche steckte. Sonderbarerweise konnte er dann den Tausendmarkschein nicht finden. Mit dem Bemerken, daß er ihn wohl beim Kauf des Kalbes versehentlich liegen gelassen habe, entfernte er sich, nachdem er zuvor den Briefumschlag zurückgegeben hatte. Als später der Landwirt den Umschlag öffnete, mußte er zu seinem Leidwesen erfahren, daß der Gauner ihm statt des mit den Geldscheinen gefüllten Umschlages einen anderen in die Hände gespielt hatte, der nur Papierschnitzel enthielt.

* **Hembergen**, 24. Sept. **Ein frecher Raubüberfall** wurde vormittags gegen 11 Uhr auf einem Milchhändler in der Nähe des Gutshofes Gerling zu Hembergen ausgeführt. Zwei maskierte Räuber stellten sich dem Händler in den Weg und raubten ihm seine Habe in Höhe von 10 000 Mark. Die Nachforschungen wurden sofort angestellt, sie blieben aber laut „Emsdettener Volksztg." bisher ohne Erfolg.

* **Brackwede**, 24. Sept. **(Schadenfeuer.)** In einem Holzstapel, der auf dem Lagerplatz der hiesigen Gasanstalt untergebracht war, brach Feuer aus. Das Holz wurde ein Opfer der Flammen. Nach Lage der Sache ist Brandstiftung anzunehmen. Das Holz war für die hiesigen Selbsthilfebauten bestimmt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 60 000 Mark.

(D) **Minden**, 24. Sept. **(Zu Tode geschleift.)** Beim Kuhhüten hatte sich das achtjährige Söhnchen des Neubauers Herbes in Dahlinghausen die Leine um den Leib gebunden. Das Tier wurde wild und lief in großen Sprüngen dem Stalle zu, den Knaben, der sich nicht aus der Umschlingung zu lösen vermochte, hinter sich herschleifend. Der bedauernswerte Junge erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er binnen wenigen Augenblicken tot war.

(D) **Fürstenau**, 22. Sept. **(Schuß ins Eisenbahnabteil.)** Auf den aus Quakenbrück kommenden Personenzug wurde jenseits Settrup ein Schuß abgefeuert. Die Kugel durchschlug die Fensterscheibe eines Abteils und traf einen Reisenden am Kinn. Wer den Schuß abgefeuert hat, ist bisher nicht festgestellt worden.

(D) **Paderborn**, 22. Sept. **(Vom Zuge erfaßt.)** Der Pferdemetzger Gullmann geriet bei der Rückfahrt aus Wewer, wo er ein gefallenes Pferd abgeholt hatte, mit seinem Fuhrwerk vor den von Brilon kommenden Personenzug. Durch den heftigen Anprall wurde Gullmann in weitem Bogen vom Bock geschleudert und im Sturz so schwer verletzt, daß er im Krankenhause gestorben ist.

* **Münster**, 24. Sept. **Die Milchnot** macht sich wieder bemerkbar. Trotz der landwirtschaftlichen Umgebung Münsters ist die Anlieferung der Milch so stark zurückgegangen, daß hier keine Vollmilch mehr zur freien Ausgabe gelangen und auch die Lieferung für Kinder nur jeden zweiten Tag erfolgen kann.

* **Münster**, 24. Sept. **(Teure Jagden.)** Wie die Jagdpreise gestiegen sind, zeigte die Verpachtung der Gemeindejagd in Wüllen. Sie brachte 54 100 Mark ein, nachdem sie bisher für 4745 Mark verpachtet gewesen war.

*

Der Selmer Postraub vor Gericht.

Münster, 24. Sept. Der Postraub in Selm, Kreis Lüdinghausen, der am 9. Juli ausgeführt wurde und bei dem dem Räuber 21 000 Mark in die Hände fielen, hatte vor dem Schwurgericht sein Nachspiel. Des Raubes angeklagt ist der 26jährige aus Württemberg stammende Schlepper Karl Otterbach, der seit März auf einer Zeche bei Selm beschäftigt war. Er hatte, nach dem „Westf. Anz.", seine Heimat verlassen, weil er dort keine Arbeit finden konnte. Während er in Selm war, weilte seine Frau bei den Eltern im Württembergischen. Otterbach war für seine Frau sehr besorgt und sandte ihr nach jeder Löhnung Pakete mit Lebensmitteln usw., so gut es ging und soweit er mit dem Lohngelde auskam. Im Juli hatte er auch eines der gewohnten Pakete geschickt und sein Geld ausgegeben. Dadurch kam er insofern in arge Verlegenheit, als seine Frau ihm als Erwiderung schrieb, er möge dringend nach Hause kommen, da sie erkrankt sei. Otterbach reichte Urlaub ein und bat um Vorschuß, dessen Verabfolgung nicht sofort erfolgen konnte. Es waren bereits zwei Tage vergangen. Otterbach kaufte inzwischen beim Postamt in Selm eine Postpaketadresse und sah bei dieser Gelegenheit ein Päckchen Geld liegen, das mit Zeitungspapier zugedeckt war. Die Postanshelferin Hopster mußte, um ihm die Adressen zu geben, sich mit dem Rücken zum Schalter wenden. Otterbach, bestellte, nachdem er eine Adresse erhalten hatte, den weitere und benutzte die Gelegenheit, sich mit dem Oberkörper durch das Schalterfenster zu schwingen und nach dem Geld zu greifen. Blitzesschnell geschah dies. Die Postanshelferin faßte auch nach dem Gelde, konnte aber nicht verhindern, daß O. es ihr entriß. Der Räuber wurde verfolgt und gestellt. Die Post hat keinen Schaden erlitten. Das Gericht verurteilte Otterbach, der von den Geschworenen des Raubes unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig gesprochen wurde, zu anderthalb Jahren Gefängnis.

*

* **Münster**, 24. Sept. **Ein Automobilunfall** ereignete sich auf der Hammer Chaussee. Ein Personenauto aus Werne bog einem ihm entgegenkommenden Lastkraftwagen aus. Im gleichen Augenblick fuhr ein Radfahrer, der dem Lastkraftwagen gefolgt war, vor das Personenauto. Der Lenker des letzteren fuhr zur Seite, um den Radfahrer nicht zu überfahren, und stieß gegen einen Baum. Hierdurch brach ein Rad des Autos. Das Auto stürzte mit seinen drei Insassen die Böschung hinab. Alle drei Personen wie auch der Radfahrer erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Sie fanden Aufnahme im Klemenshospital.

* **Bochum**, 23. Sept. **(Der Militärfiskus um 280 000 Mark betrogen.)** Eine unerhörte Betrugsaffäre, längere Zeit zum Nachteil des Militärfiskus verübt, beschäftigte die Strafkammer. Der Techniker Heinrich Redel von hier, im Kriege Unterzahlmeister, wurde nach der Revolution aus dem Abwicklungsdienst entlassen. In seinem späteren Berufsleben erlitt er mehrere Fehlschläge, die ihn in Zahlungsschwierigkeiten brachten. In der letzten Zeit im bargeldlosen Anerkennungs-Versorgungsdienst des Heeres beschäftigt, kannte er dieses Verfahren, nach welchem die Postanstalten die betreffenden Gelder auf Grund der erforderlichen Anweisungspapiere auszahlten, die dann mit dem Reichsmilitärfiskus (Generalkriegskasse) verrechnet wurden. Redel fälschte solche Papiere und reichte sie in der Zeit vom 17. Dezember 1919 bis zum 1. März 1921 bei der Nebenpoststelle Bochum-Riemke ein. Die so angewiesenen Beträge beliefen sich jedesmal auf 7000—20 000 Mark. Als Empfänger, angebliche Versorgungsberechtigte, gewann er leicht ihm befreundete Unteroffiziere aus Köln, Essen und M.-Gladbach, Pfennig, Becker und Reigenhinz. Ihnen wurden die Gelder bargeldlos ausgezahlt, die sie zur Hälfte oder zu zwei Drittel dem Redel wieder zukommen ließen. Redel nahm so 153 000 Mark, Pfennig 47 000 Mark, Becker 48 000 Mark und R. 35 000 Mark. Insgesamt wurde der Militärfiskus und damit das Reich um 288 199 Mark betrogen. Die Strafkammer erkannte gegen Redel wegen fortgesetzten Betruges auf 2½ Jahre Gefängnis, gegen Pfennig auf 10 Monate Gefängnis, gegen Becker und Reigenhinz auf je 8 Monate Gefängnis.

(D) **Bochum**, 24. Sept. **(Seilbruch auf Zeche Hannibal.)** Auf der Kruppschen Zeche Hannibal, Schacht 1, riß gestern bei der Förderung das Unterseil. Der Förderkorb stürzte in die Tiefe; an der Schachtzimmerung wurden große Beschädigungen angerichtet. Infolge des Unfalles entstand eine erhebliche Betriebsstö-

Das Geheimnis
alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge w. Mitesser, Finnen, Pickel, usw. zu vertreib., best. in tägl. Waschungen m. d. echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Putkamer.

(Nachdruck verboten.)

37. Fortsetzung.

Er trieb die Unverfrorenheit so weit, daß er ruhig sitzen blieb. Sie hätte ihn hinauswerfen lassen, ihn schlagen mögen . . . doch erst mußte sie erfahren, was er überhaupt wußte, erst mußte sie klar sehen, was zu tun blieb.

Seine Hand reckte sich und zog sie leise wieder zu ihren Sitz zurück.

„Nur Ruhe, Gräfin Lore, nur Ruhe: Sie wissen, ich bin Ihr glühender Verehrer . . . war es stets . . . seit gestern, Lore, bete ich Sie an!"

Die Gräfin war dem Weinen nahe. Diese Beleidigungen: Kaum vermochte sie sich zu beherrschen.

„Geben Sie das Bild her!" stieß sie hervor. Obgleich er es noch mit keinem Worte erwähnt hatte, wußte sie genau, daß nur die Kenntnis davon ihn zu seinem unerhörten Betragen ermutigen konnte. Er pfiff leise durch die Zähne.

„Ja, Schönste der Frauen, das möchten Sie wohl!"

„Geben Sie es mir. Sofort!" Sie schluchzte verzweifelt und ingrimmig auf und stampfte mit dem Fuße.

„Nicht weinen, süßestes Weib, nicht weinen! Ich tue ja alles, was ich soll, alles . . . wenn Sie, Lore . . ."

„Ich bin nicht „Lore" für Sie!" In hysterischer Wut schrie sie es ihm gerade ins Gesicht.

„Na, Schatz", er wurde ungeduldig und brutal, „nun lassen Sie mal die großspurigen Allüren beiseite! Mir können Sie ja doch nichts mehr vormachen: Ich habe das Bild, das stimmt. Habe es gestern abend aufgehoben, gerade, als ich Sie vor dem Konzerthaus begrüßen wollte. Ein verdammt feiner Zufall, auf den ich schon lange gelauert habe." Befriedigt rieb er die weißen, großen Hände.

„Was sagen Sie da? Ja, mein Gott, wußten Sie denn . . .?" Ihr erstarrte das Blut in den Adern.

„Na ja, Kindchen, nun mal bloß keine Aufregung: In Kirdorf pfeifen die Spatzen es ja längst von den Dächern. Aber nur ruhig, ich werde schon den Mund halten, und hier erfährt kein Mensch davon", belog er sie dreist. „Natürlich nur, wenn eine gewisse schöne Frau . . sehr klug sein wird . . . und auch ein bißchen dankbar!"

Seine plumpen Hände tasteten dreist nach ihr. Sie wich zitternd vor ihm zurück.

„Was . . . erwarten Sie von mir?"

„Gott, Gräfin, tun Sie doch nicht so kindlich naiv: Was ich als Ihr allzeit getreuer und begeisterter Verehrer wohl endlich einmal erwarten darf: Das liegt doch auf der Hand. Seine Augen zwinkerten bedeutungsvoll.

Sie erschauerte vor dem Abgrund von Gemeinheit, in den sie so unversehens hinabgezerrt werden sollte.

Eine eisige Ruhe kam über sie. Hier stand endlich ein Feind offen und frei vor ihr. Hier galt es, den Kampf zu wagen . . . er oder sie: Ihre Wangen glühten . . . sie sah hinreißend schön aus in dieser fieberhaften Erregung, die sie durchtobte. Mit Anspannung aller Willens zwang sie sich zur Ruhe. Sie lächelte sogar, ein seltsames Lächeln . . . doch ihr Gegenüber war zu benommen von seinem vermeintlichen Triumph, um es richtig zu deuten.

„Und da denken Sie sich das nun so, Baron, daß ich mir Ihr Schweigen sozusagen erkaufe, daß ich . . . Ihre Geliebte werde?"

Verblüfft starrte er sie an . . . Donnerwetter, die nahm kein Blatt vor den Mund!

„Warum sprechen Sie das so hart und offen aus, Sie wunderschöne, entzückende Frau!" Er glitt vom Sessel und suchte, neben ihr kniend, ihre Hände zu fassen. Ihre Schönheit berauschte ihn. „Lassen Sie uns doch unser süßes Geheimnis mit dichtem Schleier umhüllen".

Sie entzog sich ihm und stand auf.

„Nein, Herr von Dettenthal, im Gegenteil! Zwischen uns beiden muß volle Klarheit sein. Sie wissen, mein Vater war Kaufmann, das liegt mir noch so im Blut . . . ein glattes Geschäft . . . Leistung und Gegenleistung . . ."

Ihre Stimme klang laut und schrill, ihr Atem flog. Sie würde doch keinen hysterischen Anfall bekommen? Dettenthal glaubte sich mit „den Weibern" auszukennen. Hier war die Sache scheinbar nicht so einfach, wie er es sich eingebildet hatte.

„Am liebsten hätte ich, wir machten es schriftlich", fuhr sie fort und sah ihn dauernd von unten herauf an.

„Deubel auch!" Er stand neben ihr in seiner ganzen Länge und versuchte, den Arm um sie zu legen. „Fällt mir ja garnicht ein. Es gibt nun mal Dinge, die tut man . . . und man sagt sie nicht, noch viel weniger schreibt man sie . . wissen Sie das noch nicht, Sie süße Unschuld?"

Sein zynischer Hohn ließ ihre Hand aufzucken. Sie hätte ihn fast mitten in sein freches Grinsen hineingeschlagen. Doch sie bezwang sich.

„Erst das Bild wieder her!" keuchte sie und stieß ihn zurück.

„Nee, mein Engel, das behalte ich . . . als Pfand!"

Sie erstarrte vor Schreck, hatte er es nicht einmal mitgebracht? „Wo ist es denn?"

„Bei mir zu Hause, im Schreibtisch." Er verschwieg ihr, daß er damit schon beim Rittmeister von Wetzel gewesen war und daß ein Teil der Herren des Regiments es auch gesehen hatten. Sie kaute ratlos auf der Lippe. Gedanken jagten, überstürzten sich. Wie konnte sie ihn fassen, wie sich selber sichern? Dann, mit einem Male, wußte sie, was sie tun wollte. Mit fast übermenschlicher Beherrschung lächelte sie ihn an.

„Bei Ihnen zu Hause . . ." sie überlegte zögernd . . . dann setzte sie alles auf eine Karte . . „Wenn ich nun zu Ihnen käme . . . geben Sie es mir dann zurück?"

Er sah nicht den zuckenden Haß in ihrem Blick, nicht das fliegende Beben ihrer Nasenflügel . . . er sah nur, wie schön sie war und hörte nur die Verheißung aus ihren Worten.

Sie ließ ihm ihre Hände, die er mit Küssen bedeckte.

„Wann, Lore, wann?" flüsterte er.

„Morgen . . . spät . . . zwischen neun und zehn etwa erwarten Sie mich . . ." Ihre Brust hob und senkte sich . . . was wagte sie? Und doch, es mußte sein; „Noch eins, ich will Ihr Ehrenwort, daß Sie mir dann das Bild geben!"

Hatte dieser Mann denn noch ein Ehrenwort zu vergeben, schoß es ihr durch den Sinn. Er trug des Königs Rock, der hielt ihn noch.

Er nickte. „Natürlich . . ." „Nein, nicht so", beharrte sie. „Sagen Sie: „Ich gebe mein Ehrenwort als Offizier, daß ich Ihnen das Bild aushändige."

Er wiederholte lachend, was sie verlangte. Quatsch, ihn so aufs Wort festzulegen, aber was tut man nicht für eine schöne Frau!

Sie atmete auf und entriß ihm ihre Hände. „Gehen Sie jetzt sofort!" befahl sie, „und schweigen Sie . . . bis heute abend!" Klang es nicht wie eine Drohung? Sein Blick umfing noch einmal mit heißem Wunsch die schlanke Frau. „Bis heute abend!"

Er war fort. Sie brach völlig erschöpft in einen der tiefen Sessel im Zimmer ihres Mannes zusammen, in das sie sich unwillkürlich geflüchtet hatte. In etwa einer Stunde mußte er hier sein.

Lore bangte vor der Heimkehr ihres Gatten und sehnte sie doch mit aller Kraft herbei. Heute mußte es klar zwischen ihnen werden, heute . . . oder niemals wieder! Er war ja doch ihr Beschützer, sie brauchte ihn, unbedingt, zu dem, was sie vorhatte. Auch wenn es ihm Gefahr brachte! Sie würde es ihm in tausendfacher Liebe lohnen! Und auch das feste Vertrauen in ihr war mit einem Schlage in ihr lebendig geworden, daß er, nur er, ihr helfen würde, kein anderer, als ihr Mann, ihr Herbert!

Er machte es ihr nicht leicht. Als sie ihm herzlich entgegen ging, wehrte er ihren Kuß frostig ab. „Zwinge dich nicht. Laß nur gut sein."

Ihr schossen die Tränen in die Augen. Demütig nahm sie seine Kälte hin, eine Strafe für all ihr Heimlichtun und Schweigen. Unter mühsam flackerndem, spärlichem Gespräch nahmen sie den Tee, dann zog er sich in sein Zimmer zurück. Er schien schwer verstimmt, doch sie wagte nicht, zu fragen.

Zitternd vor Erregung durchmaß sie ruhelos ihr Wohnzimmer. Es wurde spät und später . . . es mußte noch heute sein . . . jeder Aufschub war gefährlich . . . sie nahm allen Mut zusammen und hob den dicken Vorhang. Leise glitt sie zu ihm hinein.

Er saß in seiner Rauchecke im Klubsessel und brütete mit finsterem Gesicht vor sich hin. Allein Leid war ihre Schuld, sie fühlte es ganz deutlich. Er war so verändert, sah elend und sorgenvoll aus. Eine Welle heißer Zärtlichkeit, wie in den glücklichen Tagen als ganz junge Frau, flutete in ihr hoch. Es würde ja alles wieder gut werden, nur heute durchhalten . . . und dann noch ein paar Tage . . . dann lag der Weg ins Glück wieder frei und offen vor ihnen.

(Forts. folgt.)

Der König, dem alles egal war.

Der im Sommer verschiedene König Peter I. von Serbien war gewiß einer der „unkönigsmäßigsten Könige", die es je gegeben hat. Nachdem er mehr als 40 Jahre in einem höchst bescheidenen Verschwörerdasein um den Thron intrigiert hatte, wurde dieser Nachkomme des schwarzen Georg" als ein müder, gebrochener Greis schließlich von seinen Anhängern, fast wider seinen Willen, zur Herrschaft gebracht, und nun hatte er, fast taub und jeder Tatkraft unfähig, keine Freude mehr an seiner hohen Stellung. In Belgrad nannte man ihn den „Schweigsamen" oder „den König, dem alles egal ist". Der zusammengeschrumpfte alte Mann mit den hohlen Wangen über dem struppigen Schnurrbart und den tiefliegenden Augen lebte, am Ziel seiner Lebenssehnsucht angelangt, so einfach und einsam, wie er als armseliger Prätendent gelebt hatte; nur konnte er sich jetzt, ohne erst Schulden machen zu müssen, den geliebten schwarzen Kaffee und die starken serbischen Zigaretten leisten. Auch das Interesse für das Zeitungslesen, das er von seinem früheren beständigen Aufenthalt in Kaffees her hatte, [illegible] und hatte eigentlich nur [illegible] dem, was die Blätter über seine eigene Person brachten. Die wahre Meinung dieses Herrschers, dem „alles egal" war, ließ sich auch in Regierungsfragen schwer ergründen. Bezeichnend dafür ist die Schilderung einer typischen Kabinettssitzung, die uns ein serbischer Minister überliefert hat. Der König sitzt da, in Generalsuniform, mit allen seinen Orden bedeckt, eifrig darauf bedacht, es allen recht zu machen. Wir sprechen über irgendeine Staatsangelegenheit, und König Peter schläft dabei ein bißchen ein. Hat einer der Minister seine Ansicht über die Sache dargelegt, dann fährt Seine Majestät zusammen, reißt die Augen gewaltsam auf und sagt: „Durchaus meine Meinung." Die Erörterung wird fortgesetzt, und nun äußert sich einer meiner Kollegen vielleicht in ganz entgegengesetztem Sinne. Der König hat wieder ein Nickerchen gemacht, in der eintretenden Pause öffnet er die Augen, mit einem zustimmenden Lächeln und sagt: „Durchaus meine Meinung". Auf diese Weise erledigt er mit Schlummern und dazwischen gemurmelten zustimmenden Aeußerungen alle Staatsangelegenheiten, d. h. es wird immer so gemacht, wie das Kabinett es will, und endlich empfiehlt sich der König, sehr erleichtert, um frischen Kaffee zu bestellen und in den letzten Ausgaben der Abendblätter nachzulesen, was über ihn drin steht. So bald als möglich geht er dann zu Bett."

gung. Die Belegschaft konnte nicht anfahren. In der Bevölkerung waren Gerüchte verbreitet, wonach bei dem Ereignis eine größere Anzahl Bergleute verunglückt seien. Diese Gerüchte fanden Nahrung durch das unverständliche Verhalten der Zechenverwaltung, die Anfragen über Art und Umfang des Unglücks unbeantwortet ließ.

* **Gelsenkirchen**, 24. Sept. **(6 Wochen Gefängnis wegen Annahme von Schmiergeldern.)** Vor der Essener Strafkammer standen als Angeklagte der Stadtassistent Albert Vogel, der Schachtmeister Andreas Reinhardt und der Bürovorsteher Arthur Karthäuser, sämtlich aus Gelsenkirchen. Denselben wird zur Last gelegt, unlautere Machenschaften bei der Zuweisung einer Wohnung angewendet zu haben. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt: Der Angeklagte Reinhardt, der von Bochum nach Gelsenkirchen gezogen war und dort ein Haus erstanden hatte, suchte eine Möglichkeit, die Eheleute Hoffmann, die eine 2-Zimmer-Wohnung in seinem Hause inne hatten, auszuquartieren, um die beiden Räume für sich selbst benutzen zu können. Er wandte sich zum Zwecke der Raterteilung an den Angeklagten Karthäuser, der Geschäftsleiter des Gelsenkirchener Haus- und Grundbesitzervereins ist. Dieser verwies ihn an den Stadtassistenten Vogel, der auf dem Wohnungsamt mit der Zuweisung der Wohnungen beschäftigt war. Vogel erklärte sich bereit, die Familie Hoffmann auf die Dringlichkeitsliste zu setzen und dafür Sorge zu tragen, daß sie möglichst rasch eine andere Wohnung erhalten. Reinhardt drückte Vogel einen 50-Markschein in die Hand und die Sache war erledigt. Tatsächlich kam die Wohnungsvermittlung auf diese Weise zustande. Auch ein zweites Mal hatte sich der Stadtassistent schmieren lassen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Vogel wegen Annahme von Geldgeschenken für dienstliche Handlungen zu 6 Wochen Gefängnis. Reinhardt erhielt wegen Beamtenbestechung eine Geldstrafe von 1000 Mark.

(TU) **Mülheim** (Ruhr), 24. Sept. **Zu schweren Tumulten** kam es gestern abend in einer Versammlung des Vereins für das Deutschtum im Auslande, in der Admiral Scheer über Marine und Auslandsdeutschtum sprach. Der Vortrag wurde namentlich am Anfang und Schluß von Kommunisten andauernd durch Zurufe gestört. Als nach Beendigung des Vortrages noch ein anderer Redner sprechen wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an, während die Versammlungsbesucher das „Deutschland, Deutschland über alles" sangen. Beim Verlassen des Saales ereigneten sich wüste Zusammenstöße. Die Kommunisten, teils junge Burschen, stürmten in Stärke von etwa 30 Mann den Saal und schlugen mit Latten und Stöcken auf Männer und Frauen ein. Ein junger Mann wurde schwerverletzt weggetragen. Die Schupo nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

(O) **Essen**, 24. Sept. **(Beim Schulausflug ertrunken.)** Bei einem Schulausflug ist die zwölfjährige Schülerin Elisabeth Abel aus Königssteele in einem Anreicherungsgraben des Essener Wasserwerks beim Bahnhof Ueberruhr ertrunken.

* **Duisburg**, 24. Sept. Die Unsicherheit im hiesigen Stadtkreis nimmt täglich zu. Am Sonntag abend ist im Kaiserbergviertel ein auf dem Heimwege befindliches Mädchen von drei Leuten überfallen worden. Erst nach längerer Zeit wurde das Mädchen in bewußtlosem Zustande von Passanten aufgefunden. Eine Anzahl Verletzungen bewiesen, daß die Täter, die ihr Opfer mit einem narkotischen Mittel betäubt hatten, es schwer mißhandelt hatten. Das zweite Opfer eines Ueberfalles wurde ein junger Mann, dem für eine Nacht Unterkunft in einer Wohnung angeboten worden war. Er wurde in der Wohnung des Gastgebers von diesem mit einem Gummiknüppel schwer mißhandelt, ausgeraubt und dann vor die Tür gesetzt.

* **Elberfeld**, 24. Sept. **Beim Spiel** auf einer steilen Böschung stürzte der 16jährige Sohn des Arbeiters Paas die ziemlich hohe Böschung hinunter und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nachher gestorben ist.

* **Wald**, 24. Sept. **Einbrecher** drangen nachts in eine Villa ein, deren Besitzer verreist war. Sie wurden zwar verscheucht, vermochten aber doch das ganze wertvolle Silbergeschirr mitzunehmen.

(TU) **Köln**, 24. Sept. **Sir Ernest Cassel †.)** Sir Ernest Cassel, der bekannte englische Finanzmann und Volkswirtschaftler, ist gestern abend gegen 6 Uhr im Alter von 69 Jahren gestorben. Sir Ernest Cassel ist geborener Kölner. Der Anhänglichkeit an seine Vaterstadt hat er durch eine Millionenstiftung für das Kinderheim Godeshöh Ausdruck gegeben. Cassel genoß auch sonst einen hohen Ruf als Wohltäter.

Neues über Bismarcks Entlassung.

Daß Bismarcks Sturz der Anfang unseres nationalen Unheils war, das tritt durch die neueste geschichtliche Forschung mehr und mehr hervor. Je klarer uns aber wird, daß die Entlassung des Fürsten Bismarck eine verhängnisvolle Epoche im Leben unseres Volkes einleitet, um so gebieterischer wird die Forderung, die sachlichen und persönlichen Ursachen dieses Ereignisses objektiv klarzulegen. Diese Aufgabe unternimmt ein soeben im Verlage von Quelle & Meyer zu Leipzig erscheinendes Werk „Bismarcks Sturz" von Wilhelm Schüßler, in dem die ganze Tragödie dieses erzwungenen Abganges unter Benutzung bisher verschlossener Akten und des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" zum ersten Male eingehend dargestellt wird. Die allmähliche Entstehung des Gegensatzes zwischen Kaiser und Kanzler, die Vergiftung des Verhältnisses zwischen beiden durch Mißtrauen und Mißverständnisse auf beiden Seiten, das Hervortreten des Bruches, den man zunächst noch zu verschleiern suchte, und dann die Erkenntnis von seiner Unheilbarkeit — all dies wird mit vollkommener Beherrschung des gesamten Materials und mit feinster psychologischer Einfühlung uns vorgeführt.

Es ist ein erschütterndes Bild, wie der greise Recke, der immer mehr fühlt, daß der Kaiser ihn los sein will, mit allen, selbst kleinlichen Mitteln um sein Verbleiben im Amte ringt. Nicht Ehrgeiz hielt ihn, sondern die tiefe Sorge um die Erhaltung seines Werkes, um die Zukunft des Vaterlandes. So ist er denn auch letzten Endes durch eine außenpolitische Frage von höchster Bedeutung gestürzt worden, bei der Erneuerung des russischen Rückversicherungsvertrages, die der Kaiser ablehnte, die gerade in den Tagen seiner Entlassung spruchreif war und für die er noch seinen Nachfolger zu gewinnen suchte. Es war ein Kampf um die Macht zwischen Kaiser und Kanzler, und der Großherzog von Baden hat das Wort geprägt, das sich der Kaiser später zu eigen machte, es habe sich darum gehandelt, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle. Der äußere Anlaß war bekanntlich die Weigerung Bismarcks, die Kabinettsorder von 1852 zu kassieren, nach der die Minister nur durch den Präsidenten mit dem Herrscher verkehren durften. „Da riß mir", schrieb Wilhelm damals an den Kaiser von Oesterreich, „die Geduld; mein alter hohenzollernscher Familienstolz bäumte sich auf; jetzt galt es, den alten Trotzkopf zum Gehorsam zu zwingen oder die Trennung herbeizuführen; denn jetzt hieß es, der Kaiser oder der Kanzler bleibt oben."

Bismarck versuchte in einem letzten Ministerrat, das Staatsministerium auf seine Seite zu bringen, sodaß es sich bei seinem Abgang mit ihm solidarisch erkläre. Aber sie ließen ihn im Stich. Nachdem ihn schon am Vormittag des 17. März der Kaiser um 2 Uhr mittags ins Schloß befohlen hatte, um dort seinen Abschied entgegenzunehmen, ließ er ihn am Abend noch einmal drängen, sofort sein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Kaiser wollte ihm die Verantwortung für diesen Schritt vor der Oeffentlichkeit zuschieben, und deshalb mußte Bismarck selbst um seinen Abschied bitten. Als dieses großartige Schriftstück überlegener Staatsweisheit am 18. März eintraf, beeilte sich der Kaiser, mit Bleistift auf das Gesuch zu schreiben: „Genehmigt. W." Nicht schnell genug konnte die Entscheidung fallen. In der Oeffentlichkeit aber wurde der falsche Anschein erweckt, als sei der Kaiser von Bismarck um Genehmigung des Abschiedes förmlich und wiederholt gedrängt worden, und die Veröffentlichung des Gesuches wurde trotz der Bitten des Fürsten nicht gestattet.

So war die Entlassung vollzogen. Bismarck war von ungeheurer Bitterkeit erfüllt. Die demütigende Art, in der ihm der Abschied zuteil geworden, vermochte er nie zu vergessen. Nicht minder verletzte ihn die Haltung der Oeffentlichkeit, in der vielerorts geradezu ein Jubel über seinen Sturz herrschte. „Nach dem Tode Friedrichs des Großen war es gerade so gewesen", sagt Schüßler, „und dieselben Leute, die sich damals mit ihrer neuesten Weisheit brüsteten, führten Preußen den Tagen von Jena entgegen. Das war 20 Jahre, nachdem Friedrich der Einzige in die Unsterblichkeit eingegangen war. 20 Jahre nach Bismarcks Tode endete das von ihm begründete deutsche Kaiserreich. Bismarck versuchte noch in den letzten Tagen, die auswärtige Sicherheit des Reiches zu retten, indem er seinen Nachfolger auf den russischen Rückversicherungsvertrag verpflichten wollte. Aber dieser erwiderte ihm: „Ein Mann wie Sie kann mit fünf Bällen gleichzeitig spielen, während andere Leute gut tun, sich auf einem oder zwei Bälle zu beschränken"; und zu Herbert Bismarck sagte er, die Politik der Rückversicherung sei ihm zu kompliziert. Caprivi zog sich von Bismarck zurück, und so schreibt dieser im dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen" mit unsäglicher Bitterkeit: „Ich habe niemals erlebt, daß ein Pachtübergang nicht einen gewissen Meinungsaustausch zwischen dem abgehenden und dem zutretenden Pächter erfordert hätte; aber in der Regierung des Deutschen Reiches mit all seinen komplizierten Verhältnissen lag kein analoges Bedürfnis vor." Bei seinen letzten Abschiedsbesuchen brach Bismarcks Zorn unverhohlen hervor, indem er nicht nur den ungetreuen Bötticher, sondern auch den Großherzog von Baden ins Gesicht schwer beschuldigte. Als der Kaiser bei der Abschiedsaudienz die Gesundheitsrücksichten in den Vordergrund schob, erwiderte Bismarck, seine Gesundheit sei gut. „Damit sagte er dem Kaiser, daß er sich als weggejagt betrachte. Dann ging er. Als der Gründer des Reiches ihn verlassen hatte, überwältigte auch den Monarchen die Größe des Geschehens, zugleich die Aufregung dieser ganzen Zeit: er brach in Tränen aus." Am Nachmittag des letzten Tages in Berlin, des 28. März, faßte Bismarck in einer symbolischen Handlung von unvergleichlicher Tiefe seine Stellung zur herrschenden Generation noch einmal zusammen: auf den Sarg Kaiser Wilhelms I. in Charlottenburg legte er drei Rosen nieder, als „treuester deutscher Diener" des Herrschers, mit dem er zusammen in die Unsterblichkeit eingegangen . . .

Deutschlands Außenhandel.

(WB.) Unsere amtliche Statistik arbeitet noch immer mit einer unbegreiflichen Schwerfälligkeit. So werden jetzt erst die Zahlen für den Außenhandel im Monat Mai 1921 bekannt. Für die Monate Januar bis April liegen überhaupt noch keine fertigen Ergebnisse vor. Die Ausweise für den Monat Mai zeigen eine stark rückläufige Bewegung der Einfuhr und Ausfuhr. Diese Bewegung hat offenbar schon im Januar eingesetzt. Die Ergebnisse des Monats Dezember, die zum Vergleich mit angeführt werden, halten sich auf der Durchschnittshöhe des Jahres 1920. Insgesamt betrug die Einfuhr 1920 rund 188 Millionen, die Ausfuhr 198 Millionen Doppelzentner. Im Dezember 1920 erreichte die Einfuhr 20 Millionen und die Ausfuhr 17,5 Millionen Doppelzentner, so daß der Durchschnitt überholt war. Dagegen zeigt die Einfuhr im Monat Mai nur 15,3 und die Ausfuhr sogar nur 11,3 Millionen Doppelzentner. Dementsprechend sind auch die Ausfuhrwerte gesunken. Während im Dezember 1920 der Wert der Ausfuhr fast 8 Milliarden Papiermark betrug, sank er im Mai auf 4,5 Milliarden Papiermark. Für die Einfuhr werden noch immer keine Werte angegeben. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Schwierigkeiten hierbei so groß sein sollen. Eine Umrechnung über den Dollar in Papiermark läßt sich wohl durchführen. Wir müssen doch einmal die Tatsachen und Ziffern unseres Ausfuhrhandels vollständig kennen lernen. Angenommen, daß die Ziffern für den Monat Mai einen Durchschnitt bedeuten, so würde die Gesamtausfuhr für 1921 den Wert von 55 Milliarden Papiermark nicht übersteigen. Wahrscheinlich wird sie geringer sein, da die Unruhen in Oberschlesien und die Gewaltmaßnahmen den Außenhandel stark beeinträchtigt haben. Der Verband hat zwar Deutschland die Verpflichtung auferlegt, 26 vom Hundert des Ausfuhrwertes für die Wiederherstellung abzuführen. Allein der Verband hat durch die Gewaltmaßnahmen zunächst nur die Senkung der deutschen Ausfuhr erreicht. Das geht deutlich aus den Ergebnissen des Spezialhandels hervor. Farben und Farbwaren, die hauptsächlich im besetzten Gebiet hergestellt werden, gingen in der Ausfuhrmenge von 59 000 Doppelzentnern im Dezember auf 35 000 Doppelzentner im Mai zurück. Wenn nun die Gesamtausfuhr Deutschlands 1921 nicht viel mehr als den Wert von etwa 70 Milliarden Papiermark erreicht, so wird der Anteil des Verbandes nur 13 Milliarden Papiermark ausmachen, was unter Zugrundelegung des Dollarkurses aber nicht viel mehr als achthundert Millionen Goldmark ausmacht; wahrscheinlich noch weniger, denn der Rückgang der deutschen Wechselkurse wird unter dem Zwang der Wiederherstellungsmaßnahmen andauern. Die Tatsachen und Ziffern des deutschen Außenhandels sollten den Franzosen und Engländern zu denken geben. Schon die Ausfuhrabgabe und die Gewaltmaßnahmen haben an sich zu der rückläufigen Bewegung geführt. In England ist bereits eine gewisse Ernüchterung über die Zweckmäßigkeit des Londoner Abkommens eingetreten. Hier überwiegt die Furcht, daß Deutschland mörderische Energien entwickeln und Englands Wirtschaft an die Wand drücken werde. Aber auch in Frankreich beginnt die Erkenntnis zu dämmern, daß die Lasten des Londoner Ultimatums die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Das ist auch der Fall, und keine noch so großzügige Steuergesetzgebung unter Einschluß der Erfassung der Goldwerte kann hieran etwas ändern.

Ein König von Polen?

Die unmögliche Behandlung der oberschlesischen Frage durch Entente und Völkerbundsrat, die Ermordung Erzbergers mit ihren gefährlichen politischen Folgeerscheinungen und der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern haben die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als gut ist, von den Ereignissen abgezogen, die sich im Ausland in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abspielen. Vor allem verdient die neueste Entwickelung der Verhältnisse in Polen unsere Beachtung. Die Bedeutung, die das polnische Staatswesen durch seine geographische Lage und durch die französische Unterstützung andauernd für Deutschlands Wiederaufbau besitzt, macht es notwendig, die Ereignisse nicht aus den Augen zu verlieren, die sich dort abspielen.

Polen ist gegenwärtig ohne Regierung. Das Kabinett Witos ist vor kurzem zurückgetreten, nachdem der Finanzminister Steczkowski auf seiner schon wiederholt eingereichten Demission endgültig bestanden hat. Der Rücktritt der Regierung ist durch die verwirrten innerpolitischen Verhältnisse und durch die unerhört ungünstige Finanzlage der polnischen Republik verschuldet. Das Kabinett Witos mußte sich, da die national-demokratischen Rechtsparteien sich ebenso wie die sozialistischen Linksparteien von der Regierung fernhielten, auf eine Koalition der Mittelparteien stützen, die nur eine schwache zahlenmäßige Mehrheit boten und dabei noch in grundlegenden innerpolitischen Fragen nicht einig waren. Mit dem Rücktritt des Finanzministers, der aus Verzweiflung über die Unmöglichkeit, Ordnung in die völlig zerrütteten polnischen Finanzverhältnisse zu bringen, ging, war auch für die Gesamtregierung der lange gefürchtete und von Witos immer hinausgeschobene Augenblick gekommen, daß sie mit dem Parlament nicht mehr zusammenarbeiten konnte. Die Demission war daher unvermeidlich geworden. Die Neubildung der polnischen Regierung begegnet nun den größten Schwierigkeiten. Die unglaubliche Zerrissenheit des polnischen Parteilebens in Polen und das Fehlen einer großen führenden Partei, sowie das leidenschaftliche Parteigezänk verhindern anscheinend jede vernünftige Regierungsbildung. Die Erfolglosigkeit aller bisherigen Bestrebungen, zur Ordnung und zum gesunden Aufbau des Staatswesens zu gelangen, haben eine allgemeine Mutlosigkeit und Scheu vor der Regierungsverantwortung erzeugt. Es ist schon soweit gekommen, daß die Blätter der verschiedenen Parteien ernsthaft nicht bloß von einer Regierungskrise, sondern schon von einer Staatskrise reden. Einzelne rufen bereits laut nach Abschaffung der Republik und Einsetzung eines Königs. Der Uebergang zur Monarchie bedeute, so führen sie aus, gegenwärtig kein kriegerisches Symbol mehr, nach dem ja auch die republikanische Verfassung Polen nicht vor dem Vorwurf des Imperialismus und der Abenteuersucht zu schützen vermocht habe. Das Letztere ist wahrhaftig wahr und richtig. Die polnische Großmannssucht, die im Blute zu liegen scheint, und schon in der Vergangenheit das Unglück der Polen war, hat sich auch in seiner neuesten Geschichte wieder nach allen Seiten ausgetobt. Händel in aller Welt, Krieg mit Sowjetrußland und den Randstaaten, Vergewaltigung Oberschlesiens und unzählige Vertragsbrüche gegenüber Deutschland: Das sind die hauptsächlichsten Großtaten der Politik des republikanischen Polenreichs. Dazu noch im Innern der alte polnische Geist der Unordnung und Untätigkeit, der Wirrköpfigkeit und Zänkerei: — das alles mußte das neue Staatswesen schnell an den Abgrund der politischen und wirtschaftlichen Verzweiflung bringen, an dem es gegenwärtig steht.

Auf das Durcheinander der Vorschläge einzugehen, die jetzt gemacht werden, um eine neue polnische Regierung zu bilden, verlohnt sich nicht. Höchstens kann man Notiz davon nehmen, daß unter den neuen Männern, die der Sejmmarschall v. Trampczynski zu gewinnen sucht, neuerdings auch der Abenteurer Korfanty genannt wird. Nichts wäre bezeichnender für den Tiefstand der politischen Verhältnisse Polens, als wenn wirklich dieser in der ganzen Welt verschriene nationalistische Hetzapostel Ministerpräsident von Polen würde. Uns Deutsche interessiert bei dem allen nur zweierlei: einmal kann es uns nicht gleichgültig bleiben, wie sich die Verhältnisse in unserer unmittelbaren Nachbarschaft demnächst gestalten werden. Für uns bedeutet schon ein ruhiges Polen eine ständige Bedrohung; ein total verwirrtes, womöglich in Revolution und Aufruhr verfallendes Polenreich würde nur eine Steigerung der östlichen Gefahr für uns sein. Zum anderen aber verdienen die polnischen Wirren die größte Aufmerksamkeit unserer deutschen Volksgenossen in Oberschlesien. Sie müssen alles aufwenden, um den oberschlesischen Polen die Zustände so zu schildern, wie sie tatsächlich sind. Schon jetzt nimmt in den Kreisen Pleß und Rybnik die Neigung der polnischen Arbeiter zum Anschluß an Warschau ständig ab. Es waren dabei aber bisher nur wirtschaftliche Erwägungen maßgebend. Kommen jetzt auch noch politische Gesichtspunkte dazu, so dürfte der polnischen Agitation in Oberschlesien das Wasser immer stärker abgegraben werden.

Sozialisierungskommission und Wohnungswesen.

Beschlüsse von weittragender Bedeutung hat die Sozialisierungskommission für das Wohnungswesen gefaßt. Ist auch der wichtigste Beschluß: die Ueberführung aller zu Wohn- oder Gewerbezwecken vermieteten Gebäude in das Eigentum des Reiches oder der Gemeinde, nur von einem Teil der Kommission gefaßt worden, so beweist er doch, daß der Gedanke, eine Verstaatlichung oder Verstadtlichung des Wohnungswesens herbeizuführen, nicht fallen gelassen ist, obwohl schwere wirtschaftliche Bedenken gegen diesen Plan nicht nur aus den Kreisen von Volkswirtschaftlern, sondern auch der Parlamente seinerzeit erhoben worden sind.

Der Beschluß bedeutet, so schreibt die „Voss. Ztg.", selbstverständlich noch nicht Sozialisierung. Es werden, wenn Regierung und Parlament ihm näher treten sollten, sich finanzielle Schwierigkeiten von unübersehbarer Tragweite erheben, die die Finanzlage des Reiches, der Gliedstaaten und der völlig erschöpften Gemeinden noch mehr erschweren würden. Die Kommission war jedenfalls in einem Punkte einig. So wie bisher geht es nicht weiter. Die unwirtschaftliche Niederhaltung der Mieten, die unzulängliche Neubautätigkeit bei ungedeckten Milliardenzuschüssen seien weder im Interesse der Vermieter noch der Mieter, noch der Finanzen. Eine alsbaldige Aenderung dieses Zustandes sei dringend erforderlich. Eine Scheidung in der Kommission ergab sich bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen für eine Besserung der augenblicklichen Zustände. Ein Teil der Mitglieder sprach sich für die Aufhebung der Höchstmietpreise und der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen aus, er fürchtet nicht den zu erwartenden Wohnungswucher, weil er die bei der freien Preisbildung eintretende Steigerung nicht in die Tasche des Vermieters, sondern sie als Grundrente der Allgemeinheit zuführen will. Ein anderer Teil will 25 Prozent der Steigerung der Grundrente dem Eigentümer zum Ausgleich der Geldentwertung belassen, ein dritter stimmte zwar diesem Vorschlage zu, sieht aber eine endgültige Lösung des Wohnungsproblems nur in der Sozialisierung.

Wir haben es also mit drei verschiedenen Gruppen in der Sozialisierungskommission zu tun. Die beiden zuletzt genannten treten mit der ersten für eine alsbaldige Aufhebung der Höchstmietpreise und damit der Zwangswirtschaft für gewerblich benutzte Räume ein, sie wollen die Zwangswirtschaft aber bis auf weiteres für Wohnungen beibehalten sehen. Die Kommission hat sich in ihren Beratungen schließlich auf bestimmte Grundsätze geeinigt, die, wenn sie verwirklicht werden, die zurzeit bestehenden Verhältnisse im Wohnungswesen einer völligen Umgestaltung unterwerfen. Der Eigentümer soll eine Grundmiete erhalten, die in ihrer Höhe von der am 1. Juli 1914 gezahlten Friedensmiete ausgeht, zu der ein Zuschlag erhoben wird, der die Mehraufgaben an Hypothekenzinsen, Steuern usw., für die Aufwendungen zur Unterhaltung des Grundstücks und eine angemessene Vergütung für die Arbeitsleistung des Hausbesitzers decken soll. Die Miete gewerblich benutzter Räume soll der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Die Kommission geht davon aus, daß die Grundmiete mit dem Zuschlage um 100 v. H. erhöht werde. Angenommen, der Zuschlag beträgt 80 v. H., so würden sich bei einer Friedensmiete von 1000 Mark 1800 Mark ergeben, dazu ein Zuschlag von 100 v. H., gleich 3600 Mark. Die Kommission hält es für richtig, daß angesichts dieser Erhöhungen für eine angemessene Steigerung der Löhne und Gehälter unter Vermeidung sozialer Kämpfe gesorgt wird. Die 100 v. H., von denen in dem obigen Beispiel die Rede ist, sollen der Gemeinde zufallen. Von einer über den Mietzuschlag hinausgehenden Mieterhöhung für gewerbliche Räume erhält die Gemeinde 90 v. H.

Fünf Mitglieder der Kommission empfahlen, das 25fache des 100prozentigen Aufschlages als 4prozentige Grundschuld zugunsten der Gemeinde an erster Stelle einzutragen. Für nicht ganz oder nur teilweise vermietete, vom Eigentümer selbst zu Wohn- oder Gewerbezwecken benutzte Räume soll eine 4prozentige Grundschuld ebenfalls zugunsten der Gemeinden an erster Stelle eingetragen werden.

Das neue Ruhrbergegesetz.

Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau hat sich von dem südlichen Teil des Ruhrbezirks, von dem unmittelbar an die Ruhr grenzenden Gebiet, wo der älteste westfälische Steinkohlenbergbau umgegangen ist, immer mehr nach Norden verschoben. Die Fettkohle im Gebiet der Emscher und der Lippe verzehe mehr als die Magerkohle der Ruhr. Dann machten alte Bestimmungen des Bergrechts den Bergbau an der Ruhr allmählich unmöglich. Das Grundübel bildeten die vielen kleinen zersplitterten Grubenfelder. Etwa 500 bis 600 Längenfelder sitzen gewissermaßen als Pfahl im Fleisch der sie umgebenden Gevertfelder und hindern einen einheitlichen Betrieb. Die Magerkohle der Ruhr hat sich aber als Hausbrand- und Lokomotivkohle bewährt. Nach Sachverständigengutachten stehen in unverritzten Feldern an der Ruhr noch 800 Mill. To. Steinkohlen an. Unsere Kohlennot, in erster Linie hervorgerufen durch die großen Lieferungen an den Verband, hat den Verein zur Schiffbarmachung der Ruhr unter Zustimmung des Reichskohlenrats und unter Mitwirkung von Bergbausachverständigen einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, der, wie der Reichstagsabgeordnete Winnefeld in der „Dortmunder Ztg." mitteilt, in diesen Tagen nach unwesentlichen Aenderungen dem preußischen Landtag als Gesetzentwurf über die Vereinigung von Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund zugegangen ist. Die preußische Staatsregierung hat dadurch ein einheitliches Werk nicht nur für das eigentliche Flußgebiet, sondern für den gesamten Oberbergamtsbezirk Dortmund geschaffen in der richtigen Erkenntnis, daß in demselben Abbaugebiet nicht zweierlei Recht gelten kann. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs schreiben daher vor, daß auf Verfügung des Oberbergamts Dortmund und auf Antrag von Interessenten eine Zusammenlegung von abbaufähigen Bergwerksfeldern, namentlich an der Ruhr, im Wege der Enteignung (Verdopplung) möglich ist, um auch diese Vorkommnisse zur Behebung der Kohlennot heranzuziehen. Wenn der Gesetzentwurf, der bald verabschiedet werden soll, genehmigt wird, ist der Verein zur Schiffbarmachung der Ruhr seinem Ziel einen Schritt näher, und an der Ruhr selbst wird sich voraussichtlich neues wirtschaftliches Leben entwickeln, da der Kohle auch die Industrie folgen dürfte. Einiger Widerstand wird sich aber doch dagegen bemerkbar machen. Die Industrie-Großstädte schreien nach Licht und Luft für ihre Bewohner. Das Ruhrtal bietet bis jetzt noch viele Naturschönheiten, und aus diesem Grunde streben namentlich Bochum und Gelsenkirchen, denen ihre Gewänder schon lange zu eng geworden sind, bei ihren Eingemeindungsplänen der Ruhr zu, wo sie hier passendes Gelände für Siedlungen sehen. So stoßen sich auch hier hart im Raum die Sachen.

Anarchie unter den Sowjetsoldaten in Karelien.

(W) Wie Berlinske Tidende aus Helsingfors meldet, herrscht unter den Sowjetsoldaten in Karelien vollständige Anarchie. Die Soldaten nehmen keine Rücksicht mehr auf die Sowjetbehörden und tun, was sie wollen. Sie plündern namentlich die Zivilbevölkerung aus, welche gegen die militärischen Banden vollkommen machtlos ist. 75 000 Kilo Saatgetreide, das von Helsingfors für die notleidende Bevölkerung nach Karelien gesandt wurde, kam nur bis Revola, wo es von Sowjetsoldaten geraubt wurde.

Wann kommen die Einkommensteuerbescheide?

Der Kölnischen Zeitung wird vom dortigen Finanzamt geschrieben: „Aus Preßäußerungen geht hervor, daß in der Oeffentlichkeit der Wunsch besteht, über die Gründe, die die Verzögerung in der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1920 und dem Zusammentritt der Steuerausschüsse verursachen, sowie darüber aufgeklärt zu werden, bis wann mit einer Fertigstellung des endgültigen Veranlagungsgeschäfts, Zustellung der Benachrichtigungen darüber usw. zu rechnen ist. Was den ersten Punkt angeht, so haben die Finanzämter die Bearbeitung der Steuererklärungen für die Einkommensteuer erst in Angriff nehmen können, nachdem die Veranlagung zum Reichsnotopfer und zur Besitzsteuer abgeschlossen war. Daß die Erledigung der Einkommensteuererklärungen eine ungeheure Arbeitslast hervorruft, wird jeder verstehen, der sich das achtseitige Formular und die Mühe in die Erinnerung ruft, die ihm selbst dessen Ausfüllung gemacht hat. Die Beamten des Finanzamtes sind wegen der vielen Unrichtigkeiten, die die Steuererklärungen beabsichtigt oder nicht beabsichtigt enthalten, gezwungen, genaue Nachprüfungen im Interesse einer gerechten Steuerveranlagung vorzunehmen. Immerhin ist die Arbeit in letzter Zeit gut vorangeschritten, so daß mit einer Zusammenberufung der Steuerausschüsse zur Beschlußfassung über die Veranlagungen in nächster Zeit begonnen werden kann. Der Abschluß der Listen wird wahrscheinlich hier in Köln zu Anfang des nächsten Jahres erfolgen können, so daß mit der Zustellung der endgültigen Einkommensteuerbescheide etwa zu Februar/März n. J. gerechnet werden kann. An die Stelle der endgültigen Veranlagung tritt bekanntlich bis zu deren Feststellung einerseits der Steuerabzug der allen Festbesoldeten, anderseits die vorläufige Steuerveranlagung, d. h. also die Weiterzahlung des Betrags, der für 1919 einschließlich aller kommunalen Zuschläge gezahlt worden ist. — Man wird gewiß nicht bestreiten können, daß die Finanzämter nach Kräften ihre Aufgabe zu erfüllen suchen. Wenn aber erst im Oktober 1921 eine Veranlagung der Einkommensteuer für 1920 erfolgen kann, so ist das ohne Zweifel ein schwerer Fehler des ganzen Systems, der sich volkswirtschaftlich in äußerst schädlicher Weise auswirken muß.

Die deutsche chemische Industrie.

Die Morning Post veröffentlicht den ersten Artikel ihres Sonderkorrespondenten in Deutschland zur Frage: „Kann Deutschland bezahlen?" Der Artikel befaßt sich eingehend mit dem Stande der chemischen Industrie in Deutschland. Der Korrespondent meint, daß die deutsche chemische Industrie, trotz der Hemmnisse, die der Friedensvertrag der deutschen Industrie auferlege, unter gewissen Voraussetzungen in der Lage sein werde, den Anteil an der deutschen Reparation aufzubringen. Der Korrespondent fragt zum Schluß: Wer die Waren, die Deutschland gezwungen wird, zu erzeugen. (nachdem unter dem Zwange des Friedensvertrages die Erzeugung in Deutschland zu einem bisher nicht geträumten Maße erhöht worden ist) verbrauchen wird. Rußland scheidet für 10 Jahre aus. China und Indien seien ebenso unsichere Faktoren. Wenn jedoch die Gläubiger Deutschlands auf die völlige Erfüllung ihrer Forderungen bestehen sollten, so müßte einer der größten Märkte für die britischen Erzeugnisse geschlossen bleiben, während die deutschen chemischen Erzeugnisse sowohl an Qualität wie an Umfang zunehmen und die ganze Welt überschwemmen würden. Die chemische Industrie der anderen Länder würde von der Wucht dieses Wettbewerbs erdrückt werden. — Die Morning Post schreibt in einem Leitartikel zu diesen Ausführungen ihres Korrespondenten: Was von der chemischen Industrie in Deutschland gilt, trifft mehr oder weniger auch für die anderen Industrieen in Deutschland zu. Das Blatt schließt, Deutschland habe zwar seine Schwierigkeiten und die politischen Aussichten seien noch immer ungewiß, aber Deutschland habe noch immer einen Vorteil, nämlich die Disziplin der deutschen Arbeiterschaft.

Selbsthilfe.

(W.B.) Der Automobilfabrikant Henry Ford ist in Europa hauptsächlich durch seine Tätigkeit im Interesse des Friedens bekannt geworden, ehe die Vereinigten Staaten an die Mittelmächte den Krieg erklärten. Ford ist aber außerdem der Inhaber der größten Automobilfabrik der Vereinigten Staaten. Er hat sie geschaffen, entwickelt und zur technisch höchsten Vollendung gebracht. Das will immerhin einiges sagen. Von welcher Selbständigkeit Ford ist, zeigt die Art, wie er mit einer scharfen Krise für sein großes Unternehmen ohne jede Hilfe fertig wurde. Am 1. Januar verfügte die Ford-Motor Co. über 20 Millionen Dollar Kassenbestand, hatte aber bis zum 18. April 58 Millionen Verpflichtungen einzulösen. Die Lager waren überfüllt und nur schwer abzustoßen. Um den Zusammenbruch zu vermeiden, boten die Banken jede Unterstützung an Ford lehnte ab, um die Krise für sich zu lösen. Er hatte schon im September 1920 den Preis für seine Kraftwagen stark herabsetzen lassen. Damit übte er einen Druck auf die Lieferanten des Rohmaterials aus, die, da sie von ihm abhängig waren, tatsächlich mit den Preisen für Rohmaterial heruntergingen. Indem Ford einige Zeit mit Verlust verkaufte, glich er diesen durch die Herabdrückung der Rohmaterialpreise in den folgenden Monaten wieder aus. Nun konnte er seine gewaltigen Vorräte abstoßen. Gleichzeitig wurde der Betrieb straffer organisiert, Ersparnisse gemacht und darauf geachtet, daß alles Rohmaterial sofort ohne Lagerkosten verarbeitet wurde. Die Zahl der Büroangestellten sank um die Hälfte. Aber durch die Neuorganisation hatte Ford es erreicht, daß auf jeden Wagen nur 9 Arbeitskräfte entfallen, während früher 15 erforderlich waren. Ford gelang es so, seine Verpflichtungen einzulösen und darüber hinaus die flüssigen Mittel der Gesellschaft auf 30 Millionen Dollar zu erhöhen.

Ein dänischer Nordostseekanal.

Zu den großen Verkehrsprojekten, die Dänemark betreibt (Masnedsund-Brücke — Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt), kommt jetzt ein neues Riesenprojekt: Ausbau des großen Limfjords zu einem „Panamakanal" zwecks Verkürzung des Seeweges Ostsee—Nordsee und des Weges nach England. Der Limfjord ist ein Flußbecken, das von der Stadt Hals im Kattegat aus das ganze nordische Dänemark durchschneidet, sich zu großen Seen erweitert und durch den Thyborönkanal in die Nordsee eintritt. Er verbindet also Nord- und Ostsee ähnlich wie der Kaiser-Wilhelm-Kanal und soll ein dänischer Nordostseekanal werden. Bei Aalborg und dem Oddesund wird er von Trajekten überquert. Um nun den Limfjord für große Handelsschiffe fahrbar zu machen, muß der etwa 120 Kilometer lange Wasserweg an vielen Stellen sehr vertieft werden. Der Kanal soll in verkehrswirtschaftlicher Beziehung als internationales Durchgangsgewässer nicht nur für Dänemark, sondern auch für die südschwedische, baltische, finnische und russische Handelsschiffahrt von größter Bedeutung werden.

Die deutsche Frauenbewegung.

Eine machtvolle Kundgebung der deutschen Frau verspricht die 12. Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine zu werden, der, 1894 gegründet, nunmehr 57 Verbände mit 4191 Vereinen und außerdem 291 Einzelvereine umfaßt und damit an eine Million deutscher Frauen als Mitglieder zählt. Diese wird vom 4. bis 9. Oktober d. J. zahlreiche Vertreterinnen und Vorkämpferinnen der immer mehr sich durchsetzenden deutschen Frauenbewegung aus allen deutschen Gauen und allen Parteien und allen Konfessionen in unserer altehrwürdigen rheinischen Metropole Köln zusammenführen. Wichtige Lebensfragen aus den Gebieten: Ehe und Familie, Erziehung und Unterricht, Erwerbsleben und öffentliches Leben, sollen in Vorträgen und Aussprachen tiefgründig und doch allgemeinverständlich behandelt werden. So wird Dr. Gertrud Bäumer über „die Zukunft der Mädchenschulbildung", Dr. Ling Maher-Kuhlenkampf über „Staatsbürgerliche Erziehung", Dr. Gertrud Wolf über „Probleme weiblicher Berufsbildung", Josephine Levy-Rathenau über „Vergangenheit und Zukunft der Frauenberufsberatung", Elly Heuß-Knapp über „Die Familie als sittliche Erziehungsmacht", Anna v. Gierke über „Familien- und Jugendwohlfahrt", Dr. Marg. Berent und Dr. Anna Maher über „Neugestaltung des Familienrechts" u. a. Somit werden bei der Tagung Fragen besprochen und Maßnahmen vorbereitet, die nicht nur der Wahrung der Fraueninteressen dienen wollen, sondern Arbeit zur Gesundung des deutschen Volkes und zum Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes bedeuten. Es steht daher zu erwarten, daß die Verhandlungen gerade bei den Frauen im besetzten Gebiete lebhafter Anteilnahme begegnen und viele von ihnen nach Köln ziehen werden, das nach Anmeldung bei Frau Justiz v. Engelcken, Köln, Am Hof 33, ihnen in gewohnter rheinischer Gastlichkeit freundliche Aufnahme bereiten wird. Die Verhandlungen sind nach Lösung einer Teilnehmerkarte (10 Mark) jedem zugänglich.

Aus aller Welt.

Eine große Anzahl Verschütteter im Keller.

In der Unglücksstadt Oppau wurde Freitag ein Arbeiter lebend ausgegraben. Er sagte, wenn man tiefer grabe, finde man in dem sechs bis sieben Meter tiefen Keller noch eine große Anzahl Verschütteter.

Eine Völkerwanderung der Gaffer.

Endlose Menschenkarawanen aus allen Nachbarstädten zogen nach der Unglücksstelle, eine wahre Völkerwanderung der Neugier, denn helfen wollten und konnten diese Massen nicht. Die menschliche Neugier macht leider auch vor solchen Ereignissen nicht Halt. Viel schärfer aber noch als diese Massen, von denen wenigstens mancher ein passendes Trostwort hatte, oder durch persönliche Beziehungen das Recht herleiten konnte, sich selbst umzusehen, ist ein anderer Teil von Neugierigen zu verurteilen: das sind die zahllosen Kraftwagenbesitzer, die in den Luxuswagen, die Damen angetan mit kostbaren Kleidern, durch dieses Dorf des Elends fahren, um auch dabei gewesen zu sein, und mit Lorgnons zu schauen, was sich denn Auge Entsetzliches bot. Die an sich schon recht radikal gesinnte Arbeiterschaft des Ortes wurde dadurch nur noch mehr erbittert und gereizt. Nicht um zu helfen oder mit vollen Händen Speise, Trank oder wärmende Decken zu spenden, sondern um zu gaffen, war man gekommen. Man weiß nicht, woher all diese Wagen kamen, ob ihre Besitzer Einheimische oder Ausländer waren, ob es neuer Besitz oder alter, das ändert auch nichts an der Verurteilung solchen Treibens, das einen bedauerlichen Mangel an Herzensbildung zeigt.

Weiter wird vom Freitag gemeldet: Der Zustrom von Neugierigen und müßigen Gaffern an der Unglücksstätte ist so groß geworden, daß energische Maßnahmen getroffen werden mußten, um die auf das schwerste getroffene Oppauer Einwohnerschaft vor Belästigungen zu schützen und um die Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten zu ermöglichen. Die Zufuhrstraßen waren auch heute schon in den frühesten Morgenstunden mit Wagen, Autos und anderen Fahrzeugen, in denen die Neugierigen nach Oppau fuhren, derart verstopft, daß die Lastwagen und Autos, die das Baumaterial nach Oppau brachten, nicht weiter fahren konnten und ein vollständiges Stocken des Verkehrs eintrat. Der Bürgermeister von Oppau hat infolge dieser Mißstände an das Reichsverkehrsministerium eine telegraphische Eingabe gemacht, daß die Straßenbahnen außerhalb der Bannmeile Oppau verlegt werden, damit eine Kontrolle der Reisenden ermöglicht und verhindert wird, daß Leute, die nichts in Oppau zu tun haben und nicht im Besitze eines Ausweises sind, sich durch die Absperrung hindurchschmuggeln. Die Empörung der Oppauer Bevölkerung über die Neugierde der müßigen Gaffer, die aus allen Teilen der Pfalz, Baden, Hessen herbeigekommen sind und gestern bis mittag sogar aus der Schweiz mit einem Dampfer eintrafen, ist außerordentlich groß.

Der bürowidrige Blusenausschnitt.

Seit einiger Zeit unterwerfen in London die großen Geschäftsfirmen und Banken infolge der allzu weitherzigen Gardrobe ihrer weiblichen Angestellten die Geschäftskleidung der Bürodamen einer strengen Zensur und dulden beispielsweise V förmige Blusen-Halsausschnitte aus „durchsichtigen" Gründen nicht mehr. Nun wird auch aus Brüssel berichtet, daß die kurzen Röcke, die schicken Blusen, die leicht duftige Sommerkleidung der jungen Damen, die in den belgischen Ateliers und Privatinstituten ihren Dienst versehen, auf einmal das Thema von erregten Diskussionen in der Oeffentlichkeit geworden sind. Diesen Tage haben nämlich einige Behörden und Banken, die weibliches Personal beschäftigen, eine Art Normalkleidung festgelegt, die von den weiblichen Angestellten im Dienste zu tragen ist. Es wurde, wie es in der diesbezüglichen Verfügung heißt, von verschiedenen Seiten über vermerkt, daß die jungen Damen im Büro in hocheleganter Kleidung erscheinen, kurze Röcke aus sehr durchsichtigem Material bevorzugen und ein Décolleté zur Schau tragen, als ob sie in einem Varietés aufträten und nicht alltägliche Bürodienste zu verrichten hätten. In den Kreisen der von dieser Verordnung betroffenen Beamtinnen herrscht natürlich über diese Verfügung arge Mißstimmung, die sich in allerlei erregten Zuschriften an die Zeitungen kundgibt. „Es ist einfach absurd, zu verlangen", heißt es in einem dieser Schreiben, „daß man bei 30 Grad Celsius etwa in einer hochgeschlossenen Tuchjacke oder in einem Oberkleid seinen Dienst versehen soll. Auch ist es nicht zu verlangen, daß ein junges Mädchen, das tagsüber seinen Dienst pflichtgetreu versieht, nach Schluß der Bürostunden, wenn es ein wenig spazieren gehen oder ein Theater besuchen will, in einem sackartigen Kostüm herumgehen soll, da ja nicht immer die Möglichkeit besteht, erst vom Büro nach Hause zu gehen und sich umzukleiden." Nach der Meinung einer Einsenderin sei der Erlaß von den Ehefrauen einiger Beamten inspiriert worden, die es nicht gern sähen, wenn ihre Männer im Dienste mit schicken, geschmackvoll gekleideten Mädchen zu tun hätten. Diesem Uebelstande, meint die Einsenderin, könne sehr leicht abgeholfen und jeder Gefährdung einer nicht ganz festen Ehe vorgebeugt werden, wenn man den Ressorts nur weiblichem Personal einfach nur ledige Beamte zuteile.

* — **Studenten als Fabrikarbeiter.** Die steigende Not zwang zahlreiche Studierende, während der Ferien Brotarbeit zu tun, um einen Beitrag zu den Kosten des Studiums selbst zu erwerben. Leider stehen noch viele Arbeitgeber diesem Streben der jungen Leute skeptisch gegenüber und entschließen sich nur schwer, sie in ihrem Betrieb aufzunehmen. Daß ihre Besorgnisse grundlos sind, darüber kann ein Bericht der Stuttgarter Boschwerke sie belehren, die schon in den Osterferien 16 Studenten als Arbeiter einstellten. „Wir haben," heißt es darin, „bei diesem ersten Versuch mit unseren sämtlichen Ferienbeschäftigten sehr gute Erfahrungen gemacht. Es kommt der gesamten Technik, dem gesamten Wirtschaftsleben zugute, wenn auf diese Weise recht vielen Studierenden während ihrer Studienzeit neben der Aufnahme von Buchweisheit auch ein Blick ins volle Menschenleben, dem ihre Vorbereitung gilt, ermöglicht wird." Es wird dann noch die erfreuliche Tatsache mitgeteilt, daß Ferienarbeiter und ganzjährige Arbeiter in den Boschwerken vorzüglich miteinander ausgekommen sind. Dies dürfte die so oft als Argument gegen die studentische Ferienarbeit ausgesprochene Befürchtung einschränken, daß Kopf- und Geistesarbeiter, aus allzu geringem Verständnis für die Art des anderen, nie für längere Zeit eine geistige Brücke zueinander finden können.

Solche Kinder gedeihen wirklich, deren Ernährung und Verdauung durch Nestle's Kindermehl geregelt ist. Es enthält die unübertreffliche Milch kerngesunder Alpenkühe und alle anderen Nährstoffe, welche zum Wachstum des Säuglings erforderlich sind. Die illustrierte Broschüre über die Pflege des Kindes gratis und franko durch „Linda"-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 57. [2296

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unsern

tiefgefühlten Dank

aus. 4103

Wilhelm Sommer
und Kinder.

Kamen, im September 1921.

Von der Reise zurück.

Dr. Emisch,
Bergkamen. 4102

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Comp., Unna, Bahnhofstr. 45.

Kapital und Reserven Mk. 260000000

Annahme v. Spargeldern zur Verzinsung
(4% bei 3 monat. Kündigung).

Gewährung v. Personal- u. Realkrediten

An- u. Verkauf von Wertpapieren, Wechseln auf Ausland u. fremden Geldsorten

Eröffnung von provisionsfreien Scheckkonten.
1946

Vermietung von Stahlschrankfächern.

Gesichtsausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Medizinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Zuckooh-Creme nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautausschlag, Hautjucken, Pickeln, Finnen, Schorf, Krätze usw., dann gebrauchen Sie Terrahe's Heilseife. Erfolg überraschend. — Stück M. 6.50
Zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Verkaufsstelle: 3283
Löwendrog. Klinkmann.

Zum 1. Oktober oder später ein schulentlassener Junge als
Laufbursche
gesucht. 4059
Apotheker Kode.

Achtung! Achtung!
Nur einige Tage!
Unübertroffen auf dem Gebiet der
Hand- und Kopflese-Kunst!
Die Deutung der Handlinien einer jeden Person auf das genaueste
im Gasthof Rieder am Markt.
Sep. Sprech- und Wartezimmer.
Streng reell. Große Anerkennungen vorhanden.
Sprechstunden von 9 Uhr morgens an. 4106

Habe einen Posten
Kartoffel-Säcke
billig abzugeben. 4041
Gebr. Sirringhaus,
Hammerstr. 194.

Ein Motorradgliederriemen verloren 4104
auf der Weststraße.
Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben abzugeben bei
Karrenberg,
Weststraße 75.

Wer ein
Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Ein fast neues
Fahrrad
zu verkaufen. 4078
Weddinghofen,
Schulstraße Nr. 31.

Drainröhren
in allen Weiten liefert waggonweise 3344
Heinrich Dallhoff,
Hiltrup i. W., Tel. 22.

Suche für sofort ein ordentliches p4101
Mädchen
für alle Hausarbeit.
Frau Emil Köhler,
Unna,
Massenerstraße 12.

Haus mit Garten
in Kamen oder Umgegend zu kaufen gesucht. 4087
Angebote unter Nr. 4087 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Sämtliche 4105
Damen- und Kindernäharbeiten
werden wieder angenommen.
Frau Dieckhaus,
Weststr. 90.